

Medieninformation vom 06. Januar 2020

**Gedenkkundgebung zum 15. Todestag von Laye Alama Condé  
am 7. Januar 2020 um 17:00 Uhr am Gerhard-Marcks-Haus | Am Wall 208**

**Die Initiative in Gedenken an Laye Alama Condé erinnert auch in diesem Jahr an den Tod von Herrn Condé im Polizeigewahrsam und fordert nach wie vor einen dauerhaften Gedenkort in der Mitte der Stadt. Im Koalitionsvertrag 2019 haben sich SPD, Grüne und die Linke nun endlich auch zu einem solchen Gedenkort bekannt und sich für dessen Umsetzung ausgesprochen.**

Die diesjährige Gedenkveranstaltung findet auf Einladung des Direktors des Gerhard-Marcks-Hauses, Arie Hartog, zwischen diesem Museum und Bremens Kunsthalle statt. An diesem Ort wird für die kommenden sechs Wochen auch der von der Initiative geschaffene „Mobile Gedenkort“ aufgestellt sein, der in den vergangenen drei Jahren bereits von unterschiedlichen Kultureinrichtungen Bremens beherbergt wurde, u.a. von der Stadtbibliothek, dem Theater Bremen oder der Schwankhalle.

Seit längerer Zeit lässt sich ein grundlegender Wandel der meisten Parteien der Bürgerschaft feststellen: So gibt es inzwischen die parteiübergreifende Anerkennung, dass der Tod von Herrn Condé im Januar 2005 die Konsequenz politischer Fehlentscheidungen von Senat und Bürgerschaft war. Die Fraktionen von SPD, Grüne, der Linken und auch der CDU in der Bremischen Bürgerschaft sind sich heute einig: Die Brechmittelvergabepraxis war ein fataler Fehler. Im Koalitionsvertrag von 2019 heißt es: *„Die Koalitionspartner sprechen sich anlässlich des Todes von Laye-Alama Condé am 7. Januar 2005 in Folge zwangsweise verabreichter Brechmittel im Polizeigewahrsam für die Errichtung eines Gedenkortes aus, um daran zu mahnen, dass niemand in polizeilicher Obhut nachhaltig zu Schaden oder ums Leben kommen darf.“*

Die Initiative in Gedenken an Laye Alama Condé hat für einen solchen Gedenkort längst konkrete Vorstellungen eingebracht. Die breite Unterstützung des Mobilen Gedenkortes durch die kulturellen Akteure Bremens macht deutlich, dass die Erkenntnis, wie notwendig das öffentliche Gedenken ist, längst in der Zivilgesellschaft angekommen ist: *„Viele Menschen in dieser Stadt wissen, dass sie ein Recht darauf haben, dass dem Tod eines Menschen und der dafür verantwortlichen, menschenrechtswidrigen Politik gedacht wird“*, so Gundula Oerter von der Initiative. *„Diese Erkenntnis ist nach 15 Jahren nun endlich auch bei der Politik angekommen.“*

Schätzung von Expert\*innen zufolge geht die Initiative davon aus, dass zwischen 1991 und 2005 60-180 zwangsweise Vergaben von Brechmitteln stattgefunden haben. Viele der davon Betroffenen leben noch heute in Bremen – aber sie haben nie ein Wort der Entschuldigung gehört, geschweige denn eine Entschädigung erhalten. Die Bremer Regierung beruft sich darauf, dass die persönlichen Daten der Menschen, die dieser erniedrigenden und gesundheitsschädigenden Prozedur unterzogen wurden, nicht archiviert wurden. *„Es kann aber nicht sein, dass die Schlampigkeit und Verantwortungslosigkeit der damaligen Akteure dazu führt, dass die Betroffenen für die an ihnen begangene Menschenrechtsverletzung weder eine öffentliche Entschuldigung noch eine Entschädigung erhalten“*, so Oerter weiter und fordert: *„Das politische Anerkenntnis des Unrechts muss bei allen Betroffenen konkret und materiell ankommen!“*

Bei der diesjährigen Gedenkkundgebung wird ein Live-Interview mit einem Aktivist\*innen der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant\*innen“ stattfinden.